

Gründung der BRD

Nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation am 08.05.1945 war der 2. Weltkrieg für Deutschland beendet. Während der Potsdamer Konferenz, vom 17. Juli bis 02. August 1945, an der die USA (Truman), England (Churchill, später Attlee) und die Sowjetunion (Stalin) teilnahmen, wurde neben territorialen Veränderungen verschiedene politische und wirtschaftliche Festlegungen mit dem Ziel beschlossen, dass das deutsche Volk seine Mitschuld an Chaos und Elend erkenne und anfangs die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden. Im Umgang mit Deutschland sollten folgende Grundsätze maßgeblich sein:

Dezentralisierung – Demilitarisierung – Denazifizierung – Demontage – Demokratisierung,

Doch die Siegermächte konnten sich in den seltensten Fällen über eine einheitliche Deutschlandpolitik einig werden. Zu unterschiedlich waren die eigenen Interessen der einzelnen Besatzungsmächte, allen voran die Frankreichs und der Sowjetunion.

In den westlichen Besatzungszonen wurden zwischen August und Dezember 1945 **demokratischen Parteien auf Kreisebene zu gelassen, 1946 auf der Landesebene**. Das führte zur Wiederbelebung des Parteienspektrums der Weimarer Republik. Die Vereinnahmung der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), durch deren Unterordnung unter den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei mittels der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“, verhinderten jedoch Zusammenarbeit und Zusammenschluss zwischen den Parteien in den West- und der Ostzone.

Zum **Wiederaufbau der Verwaltungen** in den Städten und Gemeinden setzten die alliierten Militärkommandanten unmittelbar nach Kriegsende **politisch unbelastete deutsche Politiker** und Verwaltungsfachleute ein, was bald auf die Verwaltung auf Landesebene ausgeweitet wurde. Hierzu wurden einerseits alte Länder neu gegründet, wie Bayern und Baden-Württemberg in der ABZ, andererseits neue Länder gegründet, wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen in der BBZ oder Rheinland-Pfalz in der FBZ.

Deutsche Verwaltungen auf Länderebene hatten die Amerikaner in ihrer Zone als erstes ins Leben gerufen. Im Herbst 1945 wurden die Länder Bayern, Großhessen, Württemberg-Baden und Bremen gegründet und Regierungschefs eingesetzt, die auf der Basis von Koalitionsregierungen aller wieder zugelassenen Parteien unter Aufsicht der Militärregierung tätig wurden. Im Oktober 1945 wurde ein Länderrat, eine Art ständiger Konferenz der Ministerpräsidenten der US-Zone gegründet, der für die Koordination der gemeinsamen Probleme wie z.B. Flüchtlingsfragen, Lebensmittelversorgung und Ankurbelung der Wirtschaft sorgte.

In der britischen Zone folgen Ländergründungen 1946 (Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen), deren Befugnisse aber im Vergleich zu denen der amerikanischen Zone wesentlich beschränkter waren. In der französischen Besatzungszone zog sich der Prozess des staatlichen Neuaufbaus und seiner Demokratisierung bis Mitte 1947 hin (Länder Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern, Süd-Baden).

(<http://home.teleos-web.de/akracht/hist/GK%2013%202005/AB%20Politischer%20Neuaufbau%20Besatzungszonen.doc>.)

Im Juni 1948 überreichten die Westalliierten den westdeutschen Ministerpräsidenten die **„Londoner Beschlüsse“**, in denen Deutschland aufgefordert wurde, einen föderalen Staat aufzubauen. Die Ministerpräsidenten wurden ermächtigt eine Versammlung einzuberufen, die eine demokratische Verfassung und den zukünftigen Staatsaufbau auszuarbeiten hatten. Dieser sogenannte Verfassungskonvent, gebildet aus den Innenministern, erarbeitete einen **Grundgesetzentwurf** aus, der eine starke Bundesregierung, die Einführung eines neutralen und wesentlich entmachteten Staatsoberhauptes und einen Ausschluss von Volksabstimmungen enthielt. Auf der Grundlage der vom Verfassungskonvent verfassten Grundsätze eines föderalen

und demokratischen Rechtsstaates, arbeitete der **Parlamentarische Rat** eine neue Verfassung aus. Der Parlamentarische Rat war ein, aus 11 Ministerpräsidenten bestehendes, Gremium, welches laut Anweisung der Westmächte, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ausarbeiten sollte. Weiterhin gehörten 65 westliche, stimmberechtigte Abgeordnete dem Parlamentarischen Rat an.

Hauptziele waren:

- aus den Fehlern der Weimarer Republik zu lernen,
- die Grundrechte und die Rolle des Kanzlers zu stärken und
- die Rolle des Bundespräsidenten neu zu gestalten, um so eine
- erneute legale Unterwanderung der Demokratie durch deren Feinde zu verhindern.

Von den westlichen Militärgouverneuren genehmigt und von allen Landesregierungen, außer Bayern, anerkannt trat das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft und galt in Westdeutschland und

West-Berlin. Damit war die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Der Parlamentarische Rat löste sich nach den Vorbereitungen für die erste Wahl des Deutschen Bundestages auf, welcher am 14.08.1949 gewählt wurde und am 15.09. Konrad Adenauer zum Bundeskanzler erhob. Die Bundesrepublik war somit ein anerkannter, demokratischer souveräner Staat, nach westlichem Vorbild.

Der Weg zum Grundgesetz

15.12.1947 London
Außenministerkonferenz der vier Siegermächte endet ohne Verständigung auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik

20.4.-2.6.1948 London
Sechsmächte-Konferenz (USA, GB, F + Benelux) stellt die Weichen für einen westdeutschen Teilstaat („Londoner Empfehlungen“)

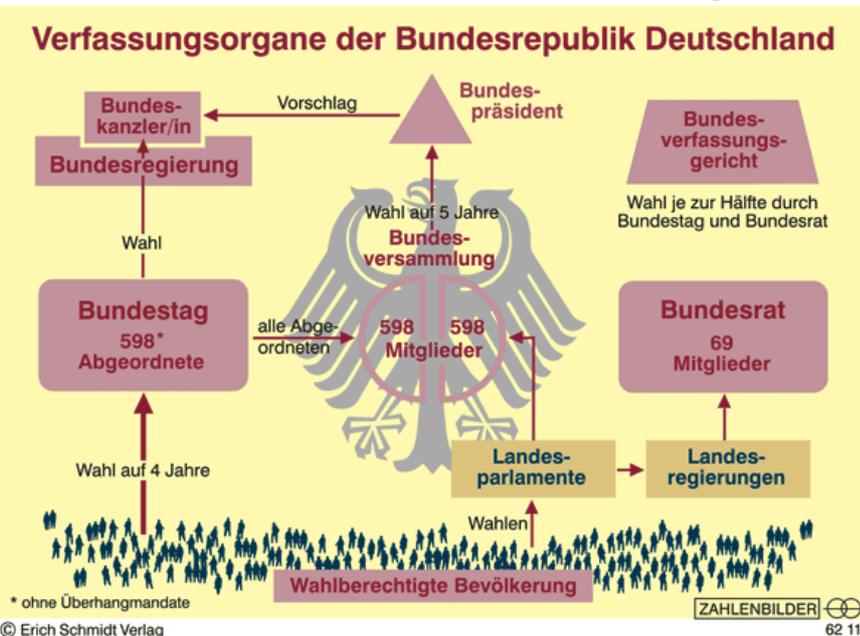
1.7.1948 Frankfurt a.M.
Die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen übergeben den elf Ministerpräsidenten die „Frankfurter Dokumente“; darin u.a. die Aufforderung, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Ziel: Gründung eines demokratischen, föderativen Staats

10.-23.8.1948 Herrenchiemsee
Ein vorbereitender Verfassungskonvent entwirft die verfassungsrechtlichen Grundlinien für einen „Bund Deutscher Länder“

1.9.1948 - 8.5.1949 Bonn
Auf dieser Basis erarbeitet der **Parlamentarische Rat** das Grundgesetz als vorläufige Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland. Der Parlamentarische Rat besteht aus 65 von den Landtagen gewählten Mitgliedern und 5 Vertretern West-Berlins ohne Stimmrecht

23.5.1949 Bonn
Nach Ratifizierung durch die Landtage wird das **Grundgesetz** in der Schlussitzung des Parlamentarischen Rats feierlich verkündet und tritt mit Ablauf des Tages in Kraft

© Erich Schmidt Verlag



Quellen:

http://www.bpb.de/themen/ZD1WSW,0,0,Der_Weg_zum_Grundgesetz.html

http://www.bpb.de/themen/O1D32K,0,0,Verfassungsorgane_der_Bundesrepublik_Deutschland.html